

Luxemburg, 4. Juni 2022

Beschluss „Bekämpfung der schädlichen Auswirkungen der Inflation, bevor sie sich in unseren Wirtschaftssystemen festsetzt“

Ausschuss für Wirtschaft

(Übersetzte Fassung)

Die Pandemie hat zu einer besorgniserregenden Wirtschaftslage beigetragen, die durch eine hohe Inflation gekennzeichnet ist. Diese erreichte in Luxemburg im Februar 2022 7,8 %¹, den höchsten Stand seit 13 Jahren², und liegt deutlich über dem Durchschnitt der Eurozone. Das Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) ist es, die Inflationsrate bei etwa 2 % zu halten.³ Diese Schwelle wurde jedoch im letzten Jahr weit überschritten, insbesondere durch den Anstieg der Kraftstoff- und Gaspreise. Die Situation ist umso besorgniserregender, als sie auf steigende Produktionskosten und nicht auf eine zunehmende Nachfrage zurückzuführen ist. Der Anstieg der Energiepreise, insbesondere der Gaspreise, der durch ein unzureichendes Angebot verursacht wird, wirkt sich direkt auf die allgemeine Preisentwicklung aus.⁴ Die Wachstumsrate hat noch nicht wieder Vor-Pandemie-Niveau erreicht und der Arbeitsmarkt bleibt instabil (eine Situation, die durch die Inflation noch verschlimmert wird).

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex ist daher auf die gleichzeitige Erholung der Weltwirtschaft nach der Pandemie und die Unfähigkeit der Unternehmen zurückzuführen, ihr Angebot an den plötzlichen Anstieg der Nachfrage anzupassen. Der Anstieg der Energiepreise führte zu einem erheblichen Anstieg der Produktionskosten der Unternehmen, was sich negativ auf das Angebot ausgewirkt und das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage verschärft hat.

¹ <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14358239/2-17032022-AP-EN.pdf/7bd82074-c752-a9bf-dfce-8e9b4eaf666e>

² <https://www.ecb.europa.eu/ecb/educational/hicp/html/index.de.html>

³ <https://www.ecb.europa.eu/ecb/tasks/monpol/html/index.fr.html>

⁴ <https://statistiques.public.lu/fr/actualites/economie-finances/prix/2022/04/20220804.html>

Der Preisanstieg ist in den verschiedenen Wirtschaftssektoren unterschiedlich stark ausgeprägt. Während die Nahrungsmittelbranche relativ unberührt zu bleiben scheint, stiegen die Energiepreise im Januar 2022 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2021 um 34 % und damit extrem an.⁵ Die ärmsten Haushalte litten besonders, da sie sich den Preisanstieg nicht leisten konnten.

Die Entscheidung der US-Notenbank, die Zinssätze zu erhöhen⁶, und die Tatsache, dass viele Ökonom*innen (die traditionell gegen eine restriktive Geldpolitik sind) nun diese neue Richtung unterstützen (u. a. Paul Krugman), sind starke Signale, dass die Inflation nicht einfach weggewischt werden kann und dass sie nicht nur vorübergehend ist. Im Gegenteil, sie muss in der Europäischen Union (EU) mit großer Ernsthaftigkeit angegangen werden, da eine Erhöhung der Zinssätze aufgrund der hohen Verschuldung vieler Länder der Eurozone ein heikles Thema ist.

Angesichts des Schneeballeffekts, den die Inflation mit sich bringt, und der Bedrohung, die sie für die Schwächsten und die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) darstellt, möchte das Jugendparlament Luxemburg zur Entwicklung von Lösungen beitragen, um die oben genannten Risiken abzuschwächen.

Zur Geldpolitik

Das Jugendparlament

- A. stellt fest, dass es dringend notwendig ist, die Inflation zu bekämpfen. Ungeachtet der Position der EZB, dass die derzeitige Inflation nur vorübergehend sei (aufgrund des Kostendrucks) und sich bis 2023 bei 2,1 % stabilisieren werde⁷, scheinen die aktuellen Trends im Gegenteil darauf hinzudeuten, dass die Inflation über diesen Zeitraum hinaus anhalten oder sich sogar in einem besonders instabilen geopolitischen Umfeld etablieren könnte.
- B. betont, dass die lockere Geldpolitik, wie sie derzeit in der EU betrieben wird, die Inflation und Vermögenspreisblasen weiter anheizen könnte. Niedrige Zinssätze tragen zur Ausweitung dieser Preisblasen bei, indem sie die Verfügbarkeit von Krediten und damit die Nachfrage erhöhen. Aufgrund der niedrigen Renditen dieser Zinssätze bevorzugen Anleger:innen Investitionen in profitablere und damit riskantere Vermögenswerte, was die Nachfrage übermäßig stimuliert und zu Blasen führt. Wenn

⁵ <https://www.cnbc.com/2022/01/26/fed-decision-january-2022-.html>

⁶ <https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2022/html/ecb.is220310~1bc8c1b1ca.de.html>

⁷ https://sdw.ecb.europa.eu/quickview.do?SERIES_KEY=120.EXR.Q.USD.EUR.SP00.A

eine solche Blase platzt, kann dies langfristige Auswirkungen auf das Verbraucherverhalten und die Verschuldung der Haushalte haben.

- C. betont, dass der Euro seit Anfang 2021 gegenüber dem US-Dollar an Wert verloren hat. Der Kurs EUR/USD sank von 1,2048 im ersten Quartal 2021 auf 1,1217 im ersten Quartal 2022⁸. Dies entspricht einem Rückgang des Euro-Kurses von etwa 7 % im Verlauf eines Jahres. Diese Abwertung, die durch die „Tightening“-Politik in den USA gestützt wird, könnte diesen Trend noch verstärken. Da die US-Notenbank im Frühjahr 2022 die Zinssätze zur Bekämpfung der Inflation erhöht⁹, könnten wir in den kommenden Monaten eine Abwanderung von Bargeld und Bankeinlagen nach Übersee erleben. Diese Situation stellt eine Bedrohung für das luxemburgische Bankensystem dar, das eine wichtige Stütze der Wirtschaft unseres Landes ist.
- D. betont, dass die langfristige Indexierung von Einkommen die Inflation verschärft, indem sie sie in einen Teufelskreis führt. Da die Indexierung das wichtigste Instrument zur Bekämpfung des Kaufkraftverlustes der Haushalte ist, ist ihre Beibehaltung von entscheidender Bedeutung, und der Kompromiss besteht darin, den Korb von Waren und Dienstleistungen, der zur Festlegung des Indexes verwendet wird, zu überarbeiten, um seinen Umfang zu begrenzen. Um das wirtschaftliche Überleben von Haushalten mit niedrigem Einkommen zu sichern, wäre es zwingend erforderlich, gezielte Ausgleichszahlungen für diese Haushalte einzuführen. Die Handelskammer hat eine Revision des Indexierungsmechanismus vorgeschlagen.

Zum Anstieg der Energiekosten

Das Jugendparlament

- E. verurteilt nachdrücklich die Abhängigkeit Europas von Russland im Bereich Erdgas, dessen Preise unter anderem aufgrund der geopolitischen Spannungen zwischen Russland und der Ukraine und der Sanktionen gegen Russland erheblich gestiegen sind. Diese ernste Situation hat zu einer Verknappung der Erdgasversorgung in Europa geführt.
- F. beobachtet, dass die steigenden Energiepreise einen direkten Einfluss auf die Rentabilität der Unternehmen haben, die bereits stark von der Krise betroffen sind, was zu einem allgemeinen Preisanstieg führt.

⁸ <https://www.xe.com/fr/currencycharts/?from=EUR&to=USD>

⁹ <https://www.cnbc.com/2022/03/16/federal-reserve-meeting.html>

- G. erkennt mit Befriedigung an, dass der größte Teil der im Land erzeugten Energie aus erneuerbaren Quellen stammt (wie Biomasse, Wind- und Solarenergie), bedauert jedoch, dass die eigene Produktion nur 5 % des nationalen Bedarfs deckt.¹⁰ Luxemburg deckt 61,2 % seines Energiebedarfs mit Erdgas, dessen Zuverlässigkeit aufgrund der oben erwähnten geopolitischen Spannungen derzeit besonders in Frage gestellt wird. Aus diesem Grund verurteilt das Jugendparlament den mangelnden Einsatz von grüner Energie und die unzureichende Nutzung dieser Art von Energie vor Ort. Politische Maßnahmen zur Begrenzung des Energieverbrauchs, wie die Aufstellung neuer Straßenlaternen in Dudelange, zeigen den politischen Willen, den Weg in die Energieunabhängigkeit zu beschreiten.

Zur Geldpolitik

Das Jugendparlament

1. schlägt die Erhöhung des Zinssatzes in der EU vor, was eine wichtige Maßnahme zur wirksamen Bekämpfung der Inflation darstellen würde. Das Jugendparlament befürchtet, dass sich diese Inflation als langfristig erweisen könnte, da sie derzeit aufgrund der geopolitischen Lage ansteigt und/oder sich zu einer Stagflation entwickelt, was ein besonders gefährliches Phänomen ist. Aus diesem Grund scheint der letzte Ausweg, die Zinssätze zu modulieren, den Ernst der Lage widerzuspiegeln. Eine solche Erhöhung könnte zeitlich begrenzt sein, um eine Schuldenkrise in der EU zu vermeiden.
2. schlägt vor, dass höhere Zinssätze unter anderem dazu verwendet werden sollten, Preisblasen, insbesondere im Immobiliensektor, zu verhindern. In vielen Ländern der Europäischen Union, insbesondere in Luxemburg, ist ein beunruhigender Anstieg der Immobilienpreise zu verzeichnen, der angesichts der besorgniserregenden Verschuldung der Haushalte eine Blase ankündigt.¹¹ Die Vermeidung einer Immobilienkrise wie im Jahr 2008 hat für das Jugendparlament Priorität.

¹⁰ <https://web.ilr.lu/FR/Particuliers/Gaz-naturel/Informations-utiles/Prix-et-factures>

¹¹ https://www.bcl.lu/fr/statistiques/series_statistiques_luxembourg/11_etablisements_credit/11_09_Tableau.xls

3. fordert, der Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar entgegenzuwirken, da eine solche Abwertung vor dem Hintergrund der Entscheidung der US-Notenbank, die Zinssätze zu erhöhen, schwerwiegende Auswirkungen auf die Finanzplattformen in der Eurozone hätte. Das Jugendparlament stellt fest, dass es notwendig ist, eine enge Zusammenarbeit mit den USA in der Geldpolitik zu gewährleisten, da der Dollar und der Euro die beiden wichtigsten Währungen der Welt sind. Im Jahr 2008 hatte die US-Notenbank bei der Anpassung der Zinssätze schnell reagiert und so den Schaden der Finanzkrise begrenzt.
4. fordert die Überprüfung des „Warenkorbs“, der zur Berechnung der Indexierung dient, die notwendig ist, um den Kaufkraftverlust auszugleichen, wenn die Inflation 2,5 % erreicht. Das Jugendparlament schlägt vor, die Energiekosten aus dieser Berechnung herauszunehmen, wodurch die Anzahl der Indexstufen pro Jahr verringert werden könnte. Da die Energiepreise insbesondere die niedrigsten Löhne belasten, würde im Gegenzug eine angepasste und kompensierende Beihilfe an Haushalte verteilt, die von einem solchen Preisanstieg besonders betroffen sind.

Zum Anstieg der Energiekosten

Das Jugendparlament

5. fordert die europäischen Länder, insbesondere Luxemburg, auf, auf zuverlässigere Erdgasquellen von internationalen Partnern zurückzugreifen, um die langfristige Energieabhängigkeit von Russland zu verringern. Luxemburg könnte sich insbesondere an zuverlässigere Länder mit konstanteren Lieferungen wenden, wie Norwegen oder Ägypten.¹²
6. fordert zusätzliche Subventionen für KMU, um ihnen zu helfen, ihre Energiekosten zu decken, was sich positiv auf die Produktionskosten und damit auf die Preise für Waren und Dienstleistungen auswirken würde.
7. fordert die frühzeitige Einführung von Infrastrukturen für erneuerbare Energien, die nicht nur positive Auswirkungen auf die Ökologie haben, sondern auch die Energieunabhängigkeit Luxemburgs fördern und es dem Land ermöglichen würden, sich von Partnern mit zweifelhafter Zuverlässigkeit zu trennen.

¹² https://ecfr.eu/article/commentary_europes_alternatives_to_russian_gas311666/

In einer Zeit, in der die Inflation beunruhigend hoch ist und sich zu verfestigen droht, sind Maßnahmen erforderlich, die über das hinausgehen, was bisher getan wurde. Vor diesem ernststen Hintergrund möchte dieser Beschluss mutige Maßnahmen vorschlagen, die zwar politische Kosten verursachen, aber unerlässlich sind, um die Volkswirtschaften der Europäischen Union vor einer möglichen Implosion zu schützen. Eine unkontrollierte Inflationsspirale führt zu unhaltbaren Marktspannungen, Abwertungen gegenüber anderen Währungen und steigender Armut.